

gewaltig überlegen
als 2000 Tote ver-
zette sich auf die
gländer, in Afrika
Erfolg, der wie ein
deutsche Truppe aber
mannhafter.
ter Schutztruppe ge-

iden Gegner
vermehrte sich von
auf 14000 Ende 1915;
ieges auf 1300 Mann
geworden ist, haben
Afrika nicht weniger
= 12 Milliarden
anze Burenkrieg ge-

gießen haben zusam-
Milliarden Goldmark

Durchschnitt 60 000
Krieges mindestens
daß im ganzen etwa
gefeht worden sind.
Belgier aus dem
brique, so daß also

Deutschen (einshl.

000 Mann verloren.
haben die Feinde
nie bekommen. Bis
kolonie in deutschen
meterlange Zentral-
Tanganika führt,
gegangen war, mußte
m Kommando an der
1917 auf portu-
durch Eroberung
noch zehn Monate
durch die Kolonie
der Waffenstillstand

zum Schluß seines
Afrikanische Schutz-
schaften, ihrer Solda-
in hervorragender
eine gewaltige
etwas, das diesen
Episoden, das all-
Seimat. Es ward
gewaltige Kraft
de sie aufzubringen
Worten: Wenn es
dann wird auch
der Situation, daß
gutter ansetzen, hin-

Beifall dankte dem
am Schlußwort noch
auf den Führer
Treue und Gefolge
ihrem Führer be-
eine Ansprache. Das
Wied beendeten in
zünftigen Märschen
de.

Sch von
reffend!

Pid. 18 Pig.
Pid. 38 Pig.
Pid. 22 Pig.
Pid. 22 Pig.
Pid. 33 Pig.
Pid. 38 Pig.
Pid. 42 Pig.
Pid. 43 Pig.
Pid. 53 Pig.
Pid. 65 Pig.

ste 28 Pig.
Pid. 12 Pig.
Pid. 38 Pig.
Pid. 45 Pig.
Pid. 42 Pig.
Pid. 32 Pig.
d Irish.

Prozent!
Ruf 2134

Camelia-
Damenbinden
in allen Preislagen.
Scheer-Napp
Ravardier 33

Guterhalter
Dauer-
brenner
zu kaufen gef.
Ausf. Volksh.

Wend-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Raholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund.

Volkssblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amstisches Kreisblatt für den Landkreis Borken.

Hauptverlagsstelle: Bocholt, Marktstraße 14. Fernsprecher 2064/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 45 Pfg. wöchentlich 2,50 Mk. — Wende-Sammel-Anzeigenpreis: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stielangelegenheit 6 Pfg. Kleinanzeigen (Textbreite) 80 Pfg. 16 Millimeter.

Nummer 323

Freitag, den 23. November 1934

Jahrgang 1934

Die südslawische Anklage gegen Ungarn beim Völkerbund.

Die Terroristen sollen von ungarischen Behörden unterstützt worden sein.

Gleiche Schritte der Kleinen Entente.

DNB Genf, 22. Nov.

Der südslawische Außenminister Jettitsch hat Donnerstag nachmittag im Völkerbundssekretariat die angekündigte Note überreichen lassen, in der die Unterstützung der politischen Verantwortlichkeiten des Marzeller Attentates verlangt wird.

Die Note, die drei Schreibmaschinenseiten umfaßt und alsbald veröffentlicht werden soll, richtet sich ausdrücklich gegen Ungarn und wird später durch eine ausführliche Materialsammlung ergänzt werden. Die übrigen Mitglieder der Kleinen Entente haben angekündigt, daß sie den südslawischen Vorstoß durch gleiche Schritte unterstützen werden.

Die südslawische Note beginnt mit folgender Einleitung:
Das schandvolle Verbrechen von Marzeille, das das Bewußtsein aller Kulturvölker in Erregung versetzt hat, zwingt die südslawische Regierung

auf Grund der polizeilichen Untersuchung in verschiedenen Ländern, den Völkerbundsrat mit gewissen besonders ernsten Seiten dieser Angelegenheit zu befaßten, weil sie dazu angetan sind, das gute Einvernehmen und den Frieden zwischen Südslawien und dem benachbarten Ungarn zu stören.

Die Note erinnert dann an die Verhandlungen vor dem Völkerbundsrat im Juni. Damals bereits habe die südslawische Regierung auf die verbrecherischen Umtriebe gewisser terroristischer Elemente in Ungarn und deren Unterstützung durch gewisse ungarische Behörden hingewiesen. Sie habe damals erwartet, daß die ungarische Regierung die notwendigen Maßnahmen treffen würde, um der Unterstützung, der sich die terroristischen Elemente in Ungarn erfreuten, ein Ende zu machen. Nur in diesem Geiste seien Verhandlungen mit der ungarischen Regierung aufgenommen worden, die am 21. Juli zu einem Abkommen in Belgrad geführt hätten.

„Die Ergebnisse der Untersuchung des Mordes an König Alexander und an Barthou in Marzeille“, so behauptet die Denkschrift, „haben bewiesen, daß dieses Verbrechen unter der Teilnahme derjenigen aus Ungarn gesteuerten terroristischen Elemente organisiert und ausgeführt worden ist, die in diesem Lande nach wie vor die gleiche Hilfe genommen haben wie vorher und daß diese Verbrechen nur dank dieser Hilfe ausgeführt werden konnten.“

Tatsächlich findet man unter den Komplizen des Mörders die Terroristen, die bereits den Gegenstand der Beschwerden der südslawischen Regierung bei der ungarischen Regierung gebildet haben, und durch ihre Erklärung ist festgestellt, daß sie in Ungarn nicht nur ein Asyl gefunden haben, sondern daß sie auch als Gruppe bis zum Vorabend des Attentats auf ungarischem Gebiete sich aufgehalten haben.

Die Ergebnisse der Untersuchung beleuchten in besonders ernster und eindringlicher Art die Verantwortlichkeit der ungarischen Regierung für die Hilfe und Unterstützung, die der terroristischen Aktion gewisser emigrierter südslawischer Unterthanen gewährt worden ist.

Die Note kündigt die Einreichung weiteren Materials an und fährt dann fort: Es handelt sich nicht um den politischen Mord als Wert eines vereinzelt Individuums, es handelt sich nicht mehr um die Asylgewährung für die Emigranten, sondern darum, daß

auf dem Gebiet eines fremden Staates Berufsverbrecher ausgebildet und geschult werden, die den Auftrag haben, eine Reihe von Attentaten und Morden zu einem bestimmten politischen Zweck auszuführen.

Die Erleichterungen und der Schutz, deren sich die Verbrecher auf ungarischem Gebiet während ihrer eingehenden und langen Vorbereitungen erfreut haben, sind kaum glaublich. Wenn die besten Diener einer Nation und die festesten Stützen des internationalen Friedens in Erfüllung ihrer Pflichten von Verbrechern getötet werden können, die in Massen organisiert und ausgebildet werden und sich des Wohlwollens und der Unterstützung der Behörden eines fremden Landes erfreuen, so ist keine organisierte Regierung mehr möglich. Dann würde ein Zeitalter der internationalen Anarchie und Barbarei für die Kulturwelt anbrechen, in dem die selbstverständlichen Grundlagen des internationalen Friedens unvermeidlich zusammenbrechen würden. Angesichts der Schwere dieser Tatsache steht sich die südslawische Regierung

aus Sorge für die Aufrechterhaltung des Friedens und im Vertrauen auf die Autorität des Völkerbundes gezwungen, unter Berufung auf Artikel 11, Abs. 2, des Völkerbundsstatutes den Völkerbundsrat mit dieser Lage zu befaßen, die in ernster Weise die Beziehungen zwischen Südslawien und Ungarn bedroht und den Frieden und das gute Einvernehmen zwischen den Nationen zu stören droht.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch hat an das Völkerbundssekretariat eine Note gerichtet, in der er sich vollinhaltlich der südslawischen Eingabe anschließt. Den gleichen Schritt hat Rumänien unternommen.

Ungarn protestiert.

DNB Genf, 22. Nov.

Der ungarische Hauptbelegte Tibor von Erdhardt, der Donnerstagabend in Genf eingetroffen ist, hat vor Vertretern der internationalen Presse folgende Erklärung zu der südslawischen Note abgegeben:

„Ich erlaube mir mit Genugtuung, daß die Angelegenheit des schandvollen Attentats von Marzeille vor die unparteiische Gerichtsbarkeit des Völkerbundes gebracht worden ist. Wir wünschen, daß die Frage dringlich behandelt wird und von unserer Seite wird nichts unterlassen werden, damit der Fall und seine Hintergründe in aller Objektivität vor dem Völker-

bund völlig geklärt werden. Selbst nach dem Verleumdungsfeldzug, der in den letzten Wochen mit Hartnäckigkeit geführt worden ist, überraschen und empören uns die Behauptungen der südslawischen Note, die den guten Namen Ungarns vor der Welt schädigen wollen. Ich protestiere in aller Form und mit allem Nachdruck gegen diese Verleumdungen. Die südslawische Note ist aber nach Inhalt und Ton nur eine neue Etappe einer planmäßigen Aktion gegen Ungarn. Ihr Ziel ist klar. Sie will die Aufmerksamkeit von den wirklichen Ursachen des Attentats ablenken und Ungarn moralisch vernichten, das man in seinem abgerufenen Zustand für eine leichte Beute hält. Ich protestiere energig gegen diese Tendenzen, die ich als internationalen Terrorismus bezeichne.“

In französischen Kreisen und in Kreisen der Kleinen Entente ist eine starke Verlegenheit unverkennbar, denn eine Note mit solchen schweren, gegen Ungarn direkt gerichteten Anschuldigungen hatte man nach den in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zwischen dem französischen Außenminister und den Vertretern der Kleinen Entente nicht erwartet.

Obwohl in der Note nur Ungarn gemeint worden ist, empfindet man hier ferner allgemein, daß sie zu einer neuen erheblichen Spannung auch zwischen Südslawien und Italien beitragen werde.

Frankreichs Aufrüstung zu Land und in der Luft.

3,5 Milliarden Franken für die Modernisierung der Luftflotte. — Fast 7 Milliarden für den Heereshaushalt 1935.

Luftfahrtminister Denain gegen Phantastien über deutsche Luftaufrüstung.

(1) Paris, 22. November.

Luftfahrtminister General Denain erschien Mittwoch nachmittag vor dem Luftfahrtausschuß der Kammer, um über alle seinen Dienstbereich betreffenden Fragen Aufschluß zu geben. Er teilte u. a. mit, daß er von dem ihm für den Wiederaufbau des französischen Flugwesens zur Verfügung gestellten 980 Millionen Franken bisher 500 Millionen ausgegeben habe. Für die reiflose Modernisierung und Umgestaltung der französischen Luftflotte seien dreieinhalb Milliarden Franken notwendig, abgesehen von den laufenden Haushaltsausgaben. Aus dem Bericht des Ministers scheint hervorzugehen, daß die französische Luftflotte in einer Nachtragskreditvorlage der Regierung mit einer Milliarde Franken bedacht werden wird. Zum Schluß teilte der Minister mit, daß Verhandlungen zwischen England, den Vereinigten Staaten und Frankreich wegen verschärfener Ozeaninseln, auf denen man Stützpunkte für den Transoceanverkehr errichten wolle, im Gange seien.

Ueber die Ausführungen des Luftfahrtministers schreibt der „Petit Parisien“:

Denain habe mit Nachdruck die phantastischen Gerüchte über die angebliche deutsche Militärflugzeugindustrie dementiert. Er habe erklärt, daß Deutschland vor 1934 überhaupt über keine Militärflugzeugverfügung habe.

Die Übernahme des Luftfahrtministeriums durch General Göring habe der deutschen Luftfahrt zwar neuen Auftrieb gegeben, aber es sei übertrieben, zu behaupten, Deutschland verfüge über Tausende und Abertausende von Flugzeugen. General Denain versicherte sodann, daß er die französische Luftfahrt in sehr kurzer Zeit technisch auf die gleiche Höhe bringen werde wie die deutsche, wenn man ihm die notwendigen Kredite gewähre.

Der Ausschuß bewilligte dann für die Modernisierung der französischen Militärflugzeugflotte 3½ Milliarden Franken, auf drei Jahre verteilt. Dazu kommen die jährlichen Haushaltsausgaben für das Luftfahrtministerium in Höhe von 2½ Milliarden Franken.

Der Ausschuß hat im Anschluß an die Ausführungen des Luftfahrtministers beschlossen, die für den laufenden Haushalt nicht verbrauchten Mittel in Höhe von etwa 450 Millionen Franken auf den kommenden Haushalt zu überschreiben.

Die für 1935 für den Heereshaushalt geforderten Kredite belaufen sich nach dem für die Kammer bestimmten Bericht des Abgeordneten Archimbaud

auf 5,7 Milliarden Franken, worin jedoch weder die Ausgaben für die Grenzverteidigung,

noch die Kosten für die Instandhaltung und den Ausbau der Festungen vorgezogen sind.

Außerdem hat die Regierung der Kammer einen Gesetzesvorschlag unterbreitet, der die Ausgaben für Rüstungszwecke decken soll. Man rechnet mit etwa 800 Millionen besonderer Ausgaben. Erhöhte Ausgaben sind für den Unterhalt der Truppen vorgesehen, da die französische Regierung in den letzten Monaten erhöhte Einziehungen vorgenommen und auch den Effektivbestand der Berufs Soldaten wesentlich erhöht hat. Die hierfür vorgesehenen Mehrausgaben belaufen sich auf etwa 192 Millionen Franken. Der Berichterstatter Abg. Archimbaud hatte einen besonderen Teil seines Berichtes den angeblichen deutschen Rüstungen vorbehalten, wobei er seiner Zahlenphantasie völlig die Zügel schießen ließ.

Die Radikalsozialisten gegen Kürzung der Rüstungskredite.

(1) Paris, 22. November.

Die radikalsozialistische Kammerfraktion hat am Donnerstag u. a. beschlossen, fünf Mitglieder, darunter den Abgeordneten Archimbaud, der in diesen Tagen als Berichterstatter für den Haushalt des Kriegsministeriums viel genannt worden ist, zum Kriegsminister und nötigenfalls zum Ministerpräsidenten zu entsenden.

um bei ihnen für die Wiedereinführung der ursprünglich für die neuen Festungsbauten und das Kriegsmaterial bestimmten Kredite in den Haushaltsplan zu werden. (Diese Kredite sind bekanntlich um 380 Millionen gekürzt worden.)

Die Abordnung hat außerdem den Auftrag erhalten, die Regierung davon zu verständigen, daß die radikalsozialistische Fraktion Wert darauf lege, daß nach der Verabschiedung des Haushaltsplanes kein neuer Gesetzesentwurf über Militärkredite eingebracht werde. Einer der mit dieser Mission beauftragten radikalsozialistischen Abgeordneten hat außerdem einen Zusatzantrag zum Haushalt des Kriegsministeriums in der Kammer eingebracht, durch den eine Kürzung der für die Erhöhung der Effektivstärke des Heeres vorgesehenen Kredite gefordert wird. Dieser Antrag hat vor allem den Zweck, eine Aussprache vor der Kammer über diese Frage hervorzurufen. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Antragsteller im Namen der Radikalsozialisten, daß

keine Fraktion der Regierung die Möglichkeit geben wolle, die Verteilungsmittel durch Erhöhung der Kredite für Kriegsmaterial zu vergrößern, ehe sie sich auf eine Erhöhung der Effektivstärke einlassen wolle.

Der Schritt der Abordnung ist indessen fehlgeschlagen. Sie wurde vom Kriegsminister überhaupt nicht empfangen. Die Aussprache mit Ministerpräsident Flandin war sehr kurz. Flandin erklärte, daß der Heereshaushaltsplan von Marschall Petain aufgestellt worden sei und daß man sich seiner Autorität fügen müsse.

Tagesrundschau.

Reichskonkordat und Saarabstimmung.

Die im Artikel 31 des Reichskonkordates vorgesehene vereinbarte Abstimmung zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Episkopat, in der die Organisationen und Verbände festgestellt werden sollen, die den Schutz dieses Artikels genießen, steht bekanntlich noch aus. Die Verhandlungen darüber hatten bislang noch zu keiner vollständigen Übereinstimmung geführt. Nun ist aber in Berichten italienischer Blätter aus der Vatikanstadt davon die Rede, daß diese Ausführungsbestimmungen zum Reichskonkordat „so gut wie fertig“ seien und noch vor Weihnachten unterzeichnet werden würden. In deutschen geistlichen Kreisen Roms zirkuliere, so behaupten diese Blätter, das Wort vom „Weihnachtsfrieden“. Eine ähnliche Nachricht bringt auch der vatikanische Korrespondent der Pariser „Croix“, des „Temps“ und des „Journal des Debats“. Die Verhandlungen über die Ausführung des Artikels 31 sind bekanntlich stets vertraulich geführt worden, und diese Vertraulichkeit wird schwerlich aufgehoben werden, ehe die Vereinbarung zustande gekommen ist. Daß sie recht bald zustande komme, ist selbstverständlich der Wunsch aller am friedlichen Neben- und Miteinander von Staat und katholischer Kirche in Deutschland interessierten Kreise. Und so würden diese es auch lebhaft begrüßen, wenn sie schon zustande gekommen wäre. Aber darüber liegt noch keine verlässliche Mitteilung vor. Der vatikanische Korrespondent des „Temps“ kann es nicht unterlassen, die von ihm gemeldete Verständigung über die Ausführungsbestimmungen als einen „Schachzug“ der Reichsregierung zu bezeichnen, weil die Verständigung auch günstig für Deutschland im katholischen Saargebiet wirken würde. Diese günstige Wirkung ist natürlich nicht zu bezweifeln. Und darum geht dem „Temps“ die Meldung aus der Vatikanstadt so sehr gegen den Strich, daß er seiner Vermutung, die Bälle schiefen läßt. Daß von einem „Schachzug“ keine Rede sein kann, geht erstens daraus hervor, daß die Vereinbarung schon in den am 20. Juli v. J. ratifizierten Reichskonkordat vorgezogen ist und zweitens, daß die Verhandlungen bereits aufgenommen worden sind, ehe die Saarfrage so stark in den Vordergrund der politischen Erörterungen gerückt war und der Tag der Saarabstimmung so dicht bevorstand wie jetzt. Die Reichsregierung hat außerdem das Konkordat ganz gewiß nicht abgeschloffen, um aus einem seiner Artikel einen dauernden Streitpunkt mit der katholischen Kirche werden zu lassen. Wenn daher jetzt oder in nächster Zeit die Verhandlungen zum positiven Abschluß gebracht werden bezw. sein sollten, so würde das zwar ganz ohne Frage zu einer Verstärkung der deutschen Position im Saargebiet dienen, indem sich mancher noch schwankende Abstimmungsberechtigter, von einem Zweifel befreit, entschlossen der Masse der Deutschen Front anschließen und den stark mit religiösen Argumenten arbeitenden Statusquosern ein geschätzter Wind aus den Segeln genommen würde, aber das wäre doch nur die Folge einer Vereinbarung, die schon im Sommer vorigen Jahres ins Auge gefaßt war und die auch ohne Rücksicht auf die Saarabstimmung hätte zustande kommen müssen, wenn das Konkordat nicht in einem für Staat und Kirche wichtigen Punkte lidenhaft bleiben und wenn es Bestand haben sollte. Soll es doch der Sicherung des friedlichen Verhältnisses zwischen den beiden Gewalten, für das der Führer Adolf Hitler sich so oft mit aller Klarheit ausgesprochen hat, dienen, und so würde es dem Sinn des Vertragsabschlusses durchaus widersprechen, wenn man es unvollständig und darin gar eine Gefahrenquelle für Differenzen offen ließe.

Die Verfassungs- vorschläge für Indien.

Einer der bedeutungsvollsten Punkte in der am Mittwoch gehaltenen Thronrede des Königs von England ist der Hinweis auf die Gesetzesvorschläge, durch die Indien eine neue Verfassung erhalten soll. Der jetzt veröffentlichte Bericht des Ende März vorigen Jahres eingelegten gemeinsamen Ausschusses beider Häuser des britischen Parlaments, der unter Hinzuziehung von Vertretern der indischen Fürstenstaaten und Britisch-Indiens die künftige Regierung Indiens zu beraten hatte, umfaßt zwei stattliche Bände von 427 und 653 Seiten und bildet den letzten Schritt in den letzten fünfzehn Jahren auf dem Wege zur Selbstregierung dieser britischen Kronkolonie mit ihren 350 Millionen Einwohnern. Genossenschaft Reformen waren im Jahre 1919 eingeführt worden mit dem Versprechen, daß die Lage nach zehn Jahren neu geprüft werden sollte. Zur Vorbereitung dieses Schrittes hatte sich 1927 der „Simon-Ausschuß“ nach Indien begeben, um die Lage zu studieren. Der Bericht dieses Ausschusses führte zur Einberufung der indischen Rundtischkonferenz im Jahre 1930, auf der die Vertreter Britisch-Indiens, der indischen Staaten, des indischen Volkes und aller britischen Parteien die Zukunft Indiens erörterten. Das Ergebnis dieser und zweier weiterer Rundtischkonferenzen war das Regierungsabkommen vom Jahre 1933, das den Plan der Regierung für die Einrichtung einer Bundesverfassung mit einem gewissen Maß von Selbstregierung enthielt.

Dieser Plan ist jetzt einer genauen Prüfung in dem oben genannten Ausschuss, der unter dem Vorsitz des Lord Vintigow stand und 32 Vertreter aller politischen Parteien umfasste, unterworfen worden. In dem aus den Sitzungen des Ausschusses hervorgegangenen Bericht wird ein allindischer Bund mit parlamentarischer Regierung in allen den Teilen Indiens befürwortet, wo nicht die Umstände die Ausübung ausschlaggebender Vollmachten durch den Generalgouverneur oder die Gouverneure erfordern, die an der Spitze der elf britischen Provinzen stehen. Diese Provinzen, von denen zwei neu geschaffen worden, sollen in einem Bundesystem mit den etwa 700 indischen Staaten verknüpft werden, die von indischen Fürsten regiert werden und nur mittelbar der britischen Herrschaft unterstehen. Dieser steht an der Spitze der indischen Verwaltung der dem englischen Parlament verantwortliche Staatssekretär für Indien, ihm zur Seite der Rat von Indien (India Council), dessen acht bis zwölf Mitglieder, darunter drei Indier, vom Staatssekretär auf die Dauer von fünf Jahren ernannt werden. Dem Staatssekretär, dessen Sitz ebenso wie der des Rates London ist, ist die Zentralregierung in Delhi unter dem von der Krone gewohnheitsmäßig auf fünf Jahre ernannten Generalgouverneur oder Vizekönig unterstellt. Dieser wird beraten von einem vom König ernannten Exekutivrat, dessen sieben Mitglieder als Ressortminister fungieren. Das indische Parlament besteht aus zwei Kammern, der Gesetzgebenden Versammlung, die aus 103 gewählten und 41 von der Regierung ernannten Mitgliedern besteht, und dem Staatsrat, der sich aus 33 gewählten und 27 ernannten Mitgliedern zusammensetzt. Das Recht der Wahl steht jedoch nur etwa zwei Prozent der Bevölkerung zu. Die Befugnisse der beiden Kammern sind sehr beschränkt, da die Gesetzgebung über viele wichtige Angelegenheiten der Regierung allein vorbehalten ist. Auch in den Provinzen, an deren Spitze der Gouverneur mit einem Exekutivrat steht, gibt es Gesetzgebende Räte, also eine Art von Parlamenten, deren Rechte aber ebenfalls sehr beschränkt sind. Diese Verfassung und Verwaltung soll nun nach den Vorschlägen des Ausschusses in der Richtung auf stärkere Selbstverwaltung, die aber noch erheblich hinter der Selbstverwaltung der Dominien zurückbleibt, umgewandelt werden. Regierungssysteme mit parlamentarischer Verantwortung sollen sowohl an der Zentrale wie auch in den Provinzen, den politischen Einheiten des Bundesstaates, aber nicht in den von den Fürsten regierten patriarchalisch regierten Staaten eingerichtet werden. Die Mitglieder des Unterhauses des Zentralparlamentes werden von den Unterhäusern der Provinzparlamente gewählt und im Falle der Staaten ernannt. Die Beziehungen der von Fürsten beherrschten Staaten zur britischen Krone bleiben, abgesehen von der Einrichtung der indischen Bundesregierung, unberührt. Das hinduistische Burma, das selber eine ähnliche Verfassung erhalten wird, soll von Indien getrennt und zum Abschluß eines Handelsabkommens mit Indien angehalten werden. Die Selbstverwaltung indischer, die Indien gewährt werden soll, findet in den Interessen des britischen Imperiums ihre Grenzen. Die Vollmacht der Regierungen, somit vor allem auch der Parlamente am Bundeszentrum und in den Provinzen, unterliegt weitgehenden Einschränkungen und wichtigen Sicherungen. Die Verteidigung des Landes, seine äußere Politik, religiöse Angelegenheiten und britisch-Indischer Handel sollen ausschließlich dem Generalgouverneur unterstehen. Der Generalgouverneur und die Provinzialgouverneure sind ermächtigt, in Dingen, die die finanzielle Stabilität und den finanziellen Kredit, die innere Ordnung und Ruhe und die Sicherheit der Währungen betreffen, unabhängig zu handeln und in letzter Instanz zu entscheiden. Des ferneren werden besondere Bestimmungen vorgeschlagen, die den Generalgouverneur und die Provinzialgouverneure zu besonderen Maßnahmen berechtigen, um zu verhindern, daß die fiskalische Freiheit Indiens vorläufig dazu gebraucht werde, um dem britischen Handel mit Indien durch Kampfzölle zu schädigen. Schließlich sind auch Sondervollmachten für die Provinzialgouverneure vorgesehen, die diese in den Stand setzen, für die wirksame Durchführung aller Maßnahmen gegen Terrorismus zu sorgen und die Disziplin der Polizei von politischen Einflüssen freizuhalten. Der Bericht des Ausschusses, der mit 23 gegen neun Stimmen angenommen worden ist, befürwortet, daß weiterhin Engländer für die höheren Stellen der Beamenschaft genommen werden und daß deren Rechte beibehalten werden sollen. Die Zahl der Wahlberechtigten würde bei Annahme der neuen Vorschläge von 7 auf 20 Millionen steigen. Die Aufnahme dieses Reformentwurfs in Indien ist nicht gut. Man ist dort enttäuscht, da die Vorschläge hinter den Weißbuch vom Jahre 1933 vorgelegenen Reformen erheblich zurückbleiben. Namentlich ist die indisch-nationale Kongresspartei, auf deren Programm die Unabhängigkeit Indiens steht, stark verstimmt. In der Londoner Presse hat der Bericht eine geteilte Aufnahme gefunden. Den dem rechten Flügel der Konservativen nahestehenden Blättern gehen die Zugeständnisse zu weit. Die „Times“ dagegen warnt Engländer und Indier vor übereilten Urteilen, und der konservative „Daily Telegraph“ spricht von einem der größten Staatsdokumente aller Zeiten, er findet die Vorschläge vorteilhaft für Indien und drückt Befriedigung über die „starken Sicherungen“ aus, die zum Schutze von Gesetz und Ordnung und zur Wahrung der britischen Belange vorgesehen seien. Das Blatt der Arbeiterpartei, „Daily Herald“, hinwiederum

Propaganda für das Haus Habsburg.

Legitimistische Geburtstagsfeiern.

DNB Wien, 21. Nov.

Der 22. Geburtstag Otto von Habsburgs gab den legitimistischen Verbänden Wiens am Dienstag Gelegenheit, einen großen Propagandaausflug für die Habsburger Restauration zu veranstalten. Eine feierliche Festmesse in der Kapuzinerkirche eröffnete den Reigen der Feiern und Kundgebungen. An dieser Festmesse nahmen Erzherzog Eugen, Erzherzog Clemens Salvator, Herzog Max von Hohenberg, der Sohn des ermordeten Thronfolgers Franz Ferdinand, ferner Prinz Johann von und zu Vichstein, sowie zahlreiche Vertreter des Adels, der öffentlichen Kassen, der Beamten und der hohen Beamten teil. Die Hauptfeier fand am Abend statt. Der Erlöse Ring der Legitimisten hatte alle legitimistischen Verbände zusammenberufen. Neben den Erzherzogen sah man zahlreiche alte Militärs, Beamte usw., ferner die Gattin des Bundeskanzlers, Herrn von Schuchnigg und die Gattin des Ministers von Malow. Die Heimwehr und die Österreichischen Sturmabteilungen sowie die bündelständischen Landesjäger hatten starke Abordnungen entsandt. Als erster Redner sprach Herzog Max von Hohenberg, der Sohn des ermordeten Thronfolgers und Vizekönig des Eiserne Ringes der Legitimisten, darauf der ehemalige Landesverteidigungsminister Fürst Schönburg-Hartenstein, der feststellte, daß der Legitimismus marschiere. Für den Heimatdienst erklärte dessen Vertreter Engelbrecht, daß der Heimatdienst aufs engste mit den Legitimisten zusammenarbeiten müsse. Der Vertreter der Österreichischen Sturmabteilungen forderte den Legitimismus der Tat. Die Hauptrede hielt der Generalleutnant a. D. Wiesner. Er dankte dem Bundeskanzler und dem Minister des Innern für die Erklärung, daß die Unabhängigkeit Österreichs dem Lande auch das Recht gebe, die Restauration als eine innerösterreichische Angelegenheit zu betrachten.

Anmeldepflicht für Preisbindungen.

Eine wichtige Verordnung des Preiskommissars.

▼ Berlin, 21. November.

Um eine Nachprüfung darüber zu ermöglichen, ob Preisbindungen aller Art mit dem Wohle des Volksganges in Übereinstimmung stehen, wird auf Grund der Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 8. Dezember 1931 in Verbindung mit dem Gesetz über Bestellung eines Reichskommissars für Preisüberwachung vom 5. November 1934 verordnet:

§ 1.

1. Alle Festsetzungen, Verabredungen oder Empfehlungen von Preisen, Mindestverkaufspreisen, Mindesthandelspreisen, Höchsthandelspreisen oder Mindestzuschlägen im inländischen Geschäftsverkehr für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs oder lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs, die a) seit dem 1. Juni 1933 neu vorgenommen oder b) seit dem 1. Juni 1933 zum Nachteile des Abnehmers verändert worden sind, müssen bis zum 15. Dezember 1934 bei dem Reichskommissar für Preisüberwachung, Berlin W. 9, Poststr. 8, angemeldet werden. Ausgenommen sind lediglich Fälle, in denen frühere Preisbindungen unverändert verlängert worden sind.

2. Preisbindungen aller Art, die a) auf Grund des Gesetzes über den vorläufigen Aufbau des Reichsstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse vom 13. September 1933 und der dazu ergangenen Verordnungen getroffen worden sind, b) der Regelung des Reichskulturamtes unterliegen, werden von dem Reichsstand und von

verurteilt den Bericht als ein Kompromiß zwischen den Vorschlägen des Weißbuches des Simon-Ausschusses und den eigenwilligen Forderungen der extremen Konservativen. Die neue Verfassung, so sagt das Blatt, werde die Fortsetzung eines bitteren Kampfes bedeuten. Eine große Gelegenheit sei verpaßt worden. Der „Liberal“, „Neue Chronik“ nennt die Verfassung, die Indier gegeben werden soll, eine Selbstregierung mit einem Gängelband, die Indier nicht befriedigen könne, doch rät er den Indier, den Plan ehrlich auf die Probe zu stellen. Hierzu scheinen diese allerdings wenig geneigt zu sein. Es sieht vielmehr durchaus so aus, als wenn der Kampf gegen die britische Herrschaft unverändert weitergehen wird, wenn der Reformplan nicht noch stark den Wünschen der Indier angepaßt wird. Dafür aber ist kaum Aussicht vorhanden. Es wird vielmehr aller Voraussicht nach so sein, daß die indischen Parlamente erst nach zehn Jahren, wie in dem Bericht vorgesehen ist, ihre Meinungsäußerungen vorbringen können.

Es ist es, daß viele Bindungen der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und auch manche andere als nationalwirtschaftlich notwendig anzuerkennen sind. Wenn ich auf Gebieten der Erzeugung und des Handels Bindungen, die ich auf Grund meiner Erfahrung und Prüfung als volkswirtschaftlich überflüssig und schädlich ansehe, aufhebe oder lockere, so werden die notwendigen wirtschaftlichen Sicherheiten gefährdet werden.

In der Notzeit der Nachkriegsjahre haben sich unlegionär vielfach Formen und Methoden des Wettbewerbes entwickelt, die mit Berufshetze und geschäftlichem Unverstand in Verbindung stehen. Preisunterbietungen, die nicht zu Lasten des eigenen, sondern fremden Risikos erfolgen, sind das, was man liberalistisch nennen könnte. Die Möglichkeit auf Kosten Dritter (Staat, Gesellschaft und Geldgeber) mit Preisen zu spielen, gibt es, ich darf zu behaupten. Hierin liegt die Gefahr der Verwerfung einer der Kaufkraft tragende richtig angepaßte Qualitätshaltung, die heute die wichtigste Aufgabe der sachlichen Selbstverwaltung, nicht aber in der Festlegung und Verteidigung eines harten Preisniveaus.

Die hierzu nötigen Voraussetzungen sind in folgenden gegeben: Es muß die Sicherheit gegeben sein, daß jeder Wettbewerber unter allen Umständen seine Verpflichtungen gegen den Staat und seine Gesellschaft erfüllt, um überhaupt auf die Dauer im Geschäft bleiben zu dürfen. Hierzu wird den Verbänden, deren Preisbindungen aufgehoben oder die die Aufhebung freiwillig beantragt haben, das Recht gegeben, bei den zuständigen Stellen der Finanzverwaltung und der Arbeitsfront jederzeit Erkundigungen einzuziehen und die Richtigkeit solcher Berufsgenossen, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, durch eine neutrale Stelle genau nachprüfen zu lassen.

Es wird mit allen Mitteln darauf hingewirkt werden, daß künftig von den Möglichkeiten, welche die Vorschriften des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb und der Konkursordnung bieten, in wirksamer Weise zur Bekämpfung gemeinlichlicher Preisverdrängung Gebrauch gemacht wird. Wer in seiner Preisgestaltung unredlich war, wird in Zukunft keine Möglichkeit haben, sich die Vorteile eines Vergleichsverfahrens zunutze zu machen. Nötigenfalls wird auch eine Verschärfung der geltenden Strafbestimmungen in dem Sinne erfolgen, daß die einer Zahlungseinstellung vorhergegangene rückständige Preisunterbietung, die zur Preisverdrängung angetraut wurde, geführt hat, als besondere, strafbare Handlung gewertet wird.

Bei solchen Sicherheiten liegt die Wahrung der Standesethik dann nicht mehr in der Ansetzung eines irgendwie vorgelegenen Preises, sondern in der Ansetzung der für unethischen Bedingungen für den Wettbewerb. Für Selbstdisziplin und Fleiß, Arbeitskraft und Arbeitsleistung ist dann der Weg zum Erfolg freigemacht.

Abschluß der Saarbesprechungen nicht vor Sonnabend.

▲ Rom, 22. November.

Die Saarbesprechungen in Rom haben den ganzen Tag über ihren Fortgang genommen. Eine gemeinsame Sitzung des Unter Ausschusses und des Dreierausschusses fand nicht statt, vielmehr wurden die einzelnen wirtschaftlichen und finanztechnischen Fragen von den betreffenden Sachverständigen in Einzelbesprechungen behandelt. Für Freitag ist wohl eine Sitzung zu erwarten, an einem Abschluß der Arbeiten und an die Abreise des Dreierausschusses nach Genf ist, wie verlautet, wohl kaum vor Sonnabend zu denken.

532 740 Abstimmungsberechtigte an der Saar.

● Genf, 22. November.

Die Abstimmungskommission für das Saargebiet hat dem Vizepräsidenten der französischen Regierung einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit im September und Oktober zugehen lassen. Darin wird u. a. mitgeteilt, daß die Gesamtzahl der in die Wählerlisten eingetragenen Personen am Stichtag des 26. Septembers 532 740 betrug, von denen 55 794 außerhalb des Gebietes wohnten.

Wegen Vatersmordes zum Tode verurteilt und hingerichtet.

● Wien, 22. November.

Vor einem Wiener Standgerichtshof hatte sich Mittwochs der Bauernsohn Alois Glöckel aus Ried bei Wien wegen Vatersmordes an seinem Vater zu verantworten. Glöckel hatte im September seinen Vater mit einer Schraube ermordet, weil er nicht in die Heirat seines Sohnes mit einer Straßengängerin einwilligte. Der Mörder warf sodann die Leiche in eine Sandgrube, wo sie erst nach drei Wochen gefunden wurde. Der Standgerichtshof erkannte Glöckel des Vatersmordes schuldig und verurteilte ihn zum Tode durch den Strang. Der Mörder wurde kurz darauf hingerichtet.

Französische Note um den Ostpakt.

Im Hintergrund Herr Litwinow.

DNB Genf, 22. November.

Zu den gestrigen Besprechungen des französischen Außenministers Laval mit Litwinow verlautet, daß die französische Antwort auf die polnische Stellungnahme vom September am Mittwochabend abgehandelt worden ist. Auf Drängen der Sowjetregierung, die den Ostpakt als eine unerlässliche Sicherheitsmaßnahme für ihre europäische Grenze betrachtet, hat Frankreich seine Auffassung über die Beteiligung Polens an diesem Pakt in aller Klarheit zum Ausdruck gebracht.

Doch wird von französischer Seite betont, daß die Note an Polen keineswegs eine Aufforderung zur Entscheidung zugunsten des einen oder anderen Systems enthalte, sondern sehr verbindlich gehalten sei.

Die französisch-russischen Beziehungen sollen bei der Rückkehr Laval nach Genf fortgesetzt werden.

Die Genfer Unterredung des französischen Außenministers Laval mit Litwinow steht in der Pariser Morgenpresse im Vordergrund des Interesses. Obgleich von amtlicher Seite über den Inhalt dieser Unterredung nichts bekanntgegeben wurde, stellen die Blätter die verschiedensten Vermutungen auf. Während die einen behaupten, der französische Außenminister teile die Ansicht Litwinows über die Notwendigkeit der Ostpakte und habe ihm die beabsichtigte Regelung der Beziehungen hierüber zugehört, vertreten andere den Standpunkt, Laval denke gar nicht daran, die anderen

Verbündeten Frankreichs der französisch-russischen Zusammenarbeit zu operieren. Nach den Ausführungen der hiesigen Presse zu urteilen, habe Litwinow versucht, Laval in die Genge zu treiben, indem er den französischen Außenminister immer wieder auf die Möglichkeit hingewiesen habe, die deutsch-russischen Beziehungen mehr in Gang zu setzen.

Litwinow soll in diesem Zusammenhang zu verstehen gegeben haben, daß sich Sowjetrußland dieser Möglichkeit auf die Dauer nicht werde verschließen können, wenn die französisch-russische Zusammenarbeit nicht sehr bald bestimmte Formen annehme.

Das „Journal“ hält die Forderungen Rußlands für unangebracht und betont, daß Rußland durch die verschiedenen Abkommen genügend geschützt sei. Der „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, der französische Außenminister werde sich gegenüber Polen zu gewissen Zugeständnissen bereit erklären, um es für die Teilnahme am Ostpakt zu gewinnen.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“, Fernier, läßt Kritik an der allgemeinen Politik Litwinows. Alle Welt in Genf frage sich, welche Politik der französische Außenminister überhaupt verfolge. Er habe bisher zwar noch keine Gelegenheit gehabt, seine wahren Absichten darzulegen. Aber man könne trotzdem behaupten, daß der neuen Politik des französischen Außenministers Arbeit fehle.

Das „Journal des Debats“ warnt dringend vor dem Abschluß einer mit französisch-sowjetrussischer Allianz. Größte Besorgnis ist geboten. Man würde eines Tages merken, welche Schwierigkeiten sich aus Frankreichs Verpflichtungen gegenüber Rußland für Frankreichs Beziehungen zu England ergeben könnten.

Ewig im Vorschuß.

Was beim Kundfunk möglich war.

▼ Berlin, 22. November.

In der Donnerstagsitzung im großen Rundfunksaal sprach am Morgen des Vorstehenden zuerst der Angeklagte Dr. Magnus über die Berufung des Urteils nach Berlin und besonders über die Gründe, die zu der Zahlung einer „Trennungsgeld“ an Fleisch geführt hätten. Magnus betonte im wesentlichen die Darstellung Breckows. Er erläuterte nochmals die Schwierigkeiten, die im Jahre 1929 bei der Fundstunde Berlin entstanden waren und die Fleisch behebten sollte. Besonders wesentlich sei dabei die völlige Gleichstellung zwischen Fleisch und Knöpfen, dem wirtschaftlichen Leiter der Fundstunde, gewesen. Um die Gleichstellung auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen, habe man Fleisch mit Knöpfen im Gehalt gleichgestellt. Ueber die Frage einer Trennungsgeldzahlung für Fleisch habe er, Magnus, mit verschiedenen Fachleuten gesprochen. Er sei zu der Überzeugung gekommen, daß Trennungsgeldzahlungen keine ungewöhnliche Zahlung darstellten, und daß Fleisch auf eine solche Zahlung einen Rechtsanspruch gehabt habe.

Staatsanwaltschaftsrat Stier nahm dann zu dem am letzten Verhandlungstage von der Verteidigung gestellten Antrag auf Zahlung von Sachverständigen-Gehältern. Er beantragte, die Zahlung abzulehnen. Das Gericht beschloß, dem Antrag der Verteidigung auf Zahlung von Sachverständigen über die Frage, ob und in welchem Umfang Sonderzahlungen für leitende Angestellte in der Wirtschaft üblich wären, zum Teil stattzugeben.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wurden der Anfechtungsvertrag und die Gehaltsbezüge des Angeklagten Dr. Fleisch im einzelnen durchgesprochen. Fleisch bekam insgesamt 4000. M. Bruttoeinkommen monatlich.

Als der Vorstehende nun den Gehaltsvertrag zur Erörterung stellte, kam dabei heraus, daß über die einzelnen Zusammenhänge dieser 4000. M. Bezüge des Angeklagten Dr. Fleisch unter dem damals an der Zustimmung dieses

Vertrages beteiligten Rundfunkleiter völlige Unklarheit herrschte. Der Angeklagte Dr. Breckow erklärte, er habe den Vertrag selbst diktiert, dabei aber verkehrlieh unterlassen, 1000. M. von diesen 4000. M. Gesamtbezügen als Tantieme zu bezeichnen. Er habe dann später in einem Schreiben an den Wirtschaftsreferent Knöpfen angeordnet, daß die Spesen, die Fleisch auf seinem Intendantenposten machen dürfte, 1000. M. monatlich nicht übersteigen dürften. Fleisch behauptete, er habe immer angenommen, in diesem Vertrage seien die 1000. M. Tantieme bereits enthalten gewesen. Der Angeklagte Magnus erklärte auf Verfragen, er habe seinerzeit leider auch diesen Fehler im Vertrag Fleisch übersehen.

Nach der Unterbrechung durch die Mittagspause ging der Vorstehende Vizepräsidenten der Reichsregierung zu den verschiedenen Vorwürfen ein, die Fleisch auf sich nach der Übernahme des Berliner Postens von der Fundstunde Berlin entnommen hatte. Fleisch behauptete, daß seine Bezüge unter Berücksichtigung der verschiedenen Sonderzahlungen einschließlich des Januar 1932 ab 2800. M. betragen hätten. Auf Verfragen des Vorstehenden fügte Fleisch hinzu, daß zu diesem Betrage bis April 1932 noch 500. M. monatliche Einnahmen aus der Fundstunde GmbH als Mitarbeiter der Zeitschrift „Die Fundstunde“ hinzugekommen seien. Fleisch schloß dann weiter, daß er 1931 „plötzlich“ 12 000. M. Steuerzuschüssen bezahlen mußte und dabei sein Konto bei der Fundstunde AG überzogen habe. Als Knöpfen ihn hierauf aufmerksam gemacht habe, habe er um einen Vorbehalt gebeten und 7000. M. erhalten.

In diesem Zusammenhang stellte sich dann heraus, daß Fleisch bereits vorher Vorwürfe in Höhe von etwa 17 000. M. erhalten hatte, die ihm laufend in Beträgen von 1000. M. monatlich abgezogen wurden. Fleisch wollte dann später unter Annahme eines Bankrotts keine Vorwürfe abbekommen, erhielt aber, daß Knöpfen eine Tantieme bekommen hatte und forderte unter Hinweis auf die ihm zugewilligte Gehaltsgleichstellung mit Knöpfen ebenfalls die Auszahlung dieser Tantieme. Er erhielt darauf 12 000. M., mit denen er seine Verpflichtung abdeckte.

Die Verhandlung wurde sodann vertagt.

Sta

Der

Eine 3

× Noch sind neugezeigten Wergeben, den Bgegangen. Schhaltung der immer noch Lust rein ist, Fahrweg. Wiedar, daß sie rigen Pfaster wenn sie von nht werden n. Heute wir Swit-Wesell-Wi. Zwar finden den Zusammen gewöhnt. Die gettet, so wi St. Georgsdr lters mit den ebenheiten wir

Zusa

Castwagen

§ Gestern (shenden Nebels der Fabrik Ro bei dem glückl In dem Augen mender Postom nehmen, kam a an der rechten aus Richtung Da dieser vor der Fahrer der Treder, der ja Fahrrad, stiehe werden erhebli laterne umgea nismäßig kurze inigen Stunden

Auch

r. An der morgen infolge men. Zum Güli erbesigen Gili — Am Nasard mit einigen G anderen Stellen die aber keinen

Deut

Die he

Die he h „Zum groen Jammlung der Treuhänder der fällt aus, da l nstlich nach 5 ge3. M

„Kre

a. Die NS am Samstag, St. Paulus in Tanz. Die Si Theatergruppe dieam Abend Betriebsfeier. Volksgenoss Schranken des unieren Reichen sam erlebte Fro Am Sonnta gibt der MG 1. Volksto Eintristarten Götting-Haus zu Volksgenoss Pfist des Wi Helft Steine tr

Fa

a. Die Veri Bochof bisher walteten Fahr wieder auf das fürjorgelellie stellten Fahrdr die zuridzuführ kommen. Verlau auf Schabenerja Kontrollschines und bei dem S Bei Verlust des Fahrrad erst an den, nachdem i ausgewiesen un jat, daß es sich on ihm abgeg

Kinde

p. Kinderwo Mutter und Ri Gebahn so schi Plak ist. Dar hatte sich dann unmittelbar an wischen den bei darf nicht mit

Gründung

= Am Dien an der Sachlen beiden früheren stoffel und des dung einer Pri sprchung vertief dung der Drisger it.

Bocholter Konzertwinter beginnt.

Heute nachmittag um 3 Uhr findet in Rhede im Saale Franz Röhling (hinter der Kirche) eine wichtige Versammlung statt, in der ein Referent der Landesbauernschaft über die Getreidewirtschaft sprechen wird.

Nachruf.

Am 20. November verschied im Alter von 76 Jahren der

Lehrer I. R.

Herr Hermann Winkel.

Der Verstorbene war Mitbegründer unserer Spar- und Darlehnskasse und wurde im Jahre 1909 zum Rentanten gewählt, welches Amt er bis 1923 gewissenhaft und korrekt verwaltete.

Stets hat er mit unermüdlichem Fleiße und in umsichtiger und uneigennütziger Weise die Interessen des Vereins und der Mitglieder vertreten.

Auch über das Grab hinaus werden wir seiner immer in Verehrung und Dankbarkeit gedenken.

**Vorstand, Aufsichtsrat und Rentant
des Hemdener Spar- und Darlehnskassen-
vereins e. G. m. u. H. zu Bocholt**
Nobelstraße 25.

89788

Nachruf!
Am 20. Nov. verschied der
Lehrer I. R. H. Winkel
im betagten Alter von 76
Jahren.

Annähernd 40 Jahre
leitete der Verstorbene mit
fester Pflichten- als
alleinständiger Lehrer die Schule
in Hemden.

Alle seine früheren Schü-
ler u. Schülerinnen u. mit
ihnen die ganze Gemeinde
werden dem lieben Ver-
storbenen über das Grab
hinaus ein trübes, dank-
bares Gedenken bewahren.

Bocholt, Hemden,
den 22. November 1934
Der Amtsbürgermeister
B. u. m.
Der f. Gemeindefürsorge
B. u. m.



Besseres
Sehen
durch
Augen-
gläser
von

Optiker Winkler, Neustr. 18

Herrlichen Dank

dem Hl. Herzen Jesu, der Hl.
Gottesmutter, dem Hl. Josef und
dem Hl. Judas Thaddäus für
Hilfe in verschiedenen Anliegen
Veröffentlichung verprochen. (1761)

Lustiger Abend in Wesel

Für die Winterhilfe.

Musik, Humor, Gesang, Tanz (Ballett)
von Johann Strauß.

Sonntag, 9. Dezember 1934, Beginn 19.30 Uhr, im Evang.
Gemeindehaus.

Leitung: Rudolf Rauh vom Reichssender Köln; Mitwirkende: Christel
Oelze v. Lobenthal, Stadtheater, Oberhausen; Komiker: Hans Salcher,
Köln, Liedertafel „Einigkeit“; Orchesterleitung: A. Heinze.

Numerierte Plätze: 1. Platz und Balkon 2.— RM., 2. Platz 1.50 RM.,
Seitengalerie 1.— RM., Stehplatz 0.50 RM.

Kartenvorverkauf: Ab 22. Nov. beim Stadtverkehrsamt, Großer Markt.
Zu der Veranstaltung laden ein:

NS-Kulturgemeinde Wesel. Borgers, Bürgermeister.

Möbel

**wie Küchen, Schlaf-,
Herren-u. Speisezimmer**
kaufen Sie besonders preiswert bei

Heinrich Feldhaar,

Polsterer — Nobelstraße — Möbelhandlung

Besichtigung unverbindlich.

Ehestandsdarlehen werden in Zahlung ge-

nommen. [1172b]

Kaiser-Wilhelm-Kriegerverein.

Sonntag, den 24. Nov., nachm.

8984d

Schießen

bei Telaske, Dingener Straße

Thiehoff, Schiedwart.

Auto-Fahrer!

Nebel-

Lampen

Boßch und Niemann,

empfiehlt (9685)

Haus Krey,

Auto, Licht und Sündung

Ruf 2577 Otswall

Barta-Batterien.

Posten gute

Damen- und Herren-Uhren

äußerst billig. Uhrenhaus

8976a) **Th. Korte, Rhede.**

Freitag und Samstag ist bides

lettes Kindheil

zu 55 Pfg. das Pfund zu haben

bei **Wegge**

Hermann Hüning,

Wulfsamer Kirchweg 107.

Wohnhaus

in sehr gutem Zustand, 1929 neu

umgebaut, mit groß. Garten, im

Sanne ist unten ein Geschäft, Auto-

einfaß, sehr günstig zu verkaufen.

Off. u. 1243 a. d. Volksblatt erb.

Licht

Kraft

Radio

Von morgen an befindet sich mein

Elektro-Installationsgeschäft

Nordstraße 53

(im Hause Niessing). Ich bitte, mir das bisher
geschenkte Vertrauen auch weiterhin zu bewahren.

Walter Unland

Fernruf 2582

Fernruf 2582

Gut u. billig

**KAISER'S
MALZ
KAFFEE**

**KAISER'S
TEE**

**KAISER'S
KAKAO**

**KAISER'S
KAFFEE**

3 Reklame-Kaffees Pfund Mk. 2.— / 2.40 / 2.80

Kaiser's Schokoladen Schmelz, Milch, Milchnuß, Mokko,
Krokant, in verschiedenen Preis-
lagen / Pralinen preiswert und in bekannt guter Qualität

Kaiser's Konsum-Keks 1/4 Pfd. 15 Pfg. Pfefferküsse,
Pfastersteine, Lebkuch. usw., Erd-
Hasel- und Paranüsse, Haselnußkerne, Mandeln, Süßfrüchte

Kaiser's Bonbons 1/4 Pfd. 15 bis 25 Pfg. Kokos-
Rocken mit und ohne Schokolade.
Schokoladen-Creme-Pralinen 1/4 Pfd. 18, 20, 24 Pfg.

Kleine Geschenkartikel, gefüllt mit Dragees, Stück 5 u. 10 Pfg.

Ab Freitag, 23. Nov. b. Weihnachten, jeweils wöchentl., erhält. Sie von

Kaiser's Quartettspiel

6 Kart. (v. jed. Quartett 1 Karte)-solange Vorrat-b. Eink. v. 50 Pfg. an in

Kaiser's Schokoladen, Süßigkeiten, Backwaren.

**3%
RABATT
in Marken
(wenige
Artikel
ausgen.)**

**KAISER'S KAFFEE
GESCHÄFT**

Schöne
Bestecke
der Wunsch
jeder Hausfrau!

Größte Auswahl, moderne Master nur
erster Firmen, preiswert. 8963d

Uhrenhaus Hermeier

Neustr. 1 Horst-Wessel-Platz Tel. 2050

Über das Vermögen der offenen Handels-

gesellschaft in Firma Alrens & Co. in Bocholt

ist heute 18 1/2 Uhr der Konkurs eröffnet. —

Konkursverwalter ist der Bankkaufmann Franz

Wesling in Bocholt. — Offener Arrest mit An-

zeigegepflicht bis zum 12. Dezember 1934. An-

meldefrist bis zum 12. Dezember 1934. Erste

Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am

19. Dezember 1934, 11 Uhr, im hiesigen Amts-

gericht, Zimmer Nr. 6.

Bocholt, den 19. November 1934.

Der Urkundsbearbeiter der Geschäftsstelle

des Amtsgerichts.

Mahnung.

Diesigen Gewerbetreibenden, die von der

unterzeichneten Kammer zur Zahlung des Grund-

beitrages von RM. 6.— für 1934 aufgefordert

worden sind, aber noch nicht gezahlt haben,

werden ermahnt, dies binnen 1 Woche nachzuholen

zwecks Vermeidung zwangsweiser Beitreibung

und gegebenenfalls weiterer Unannehmlichkeiten.

Duisburg-Ruhrort, den 20. November 1934.

Niederheinische Industrie- und Handelskammer

Duisburg-Wesel zu Duisburg-Ruhrort.

Helfen bereitet

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Freude

Für den Winter

SALAMANDER

KRAGENSTIEFEL

ALLEINVERKAUF:

Schuhhaus Leiting

Osterstraße 45-47 Größte Auswahl.

Tel. 2448

Elektro.

Hand- und Wassermotor-

waschmaschinen, Wring-

maschinen, Mangeln

sowie einzelne Wassermotoren

kaufen Sie immer vorteilhaft und

bei großer Auswahl im Fachgeschäft

Clemens Kampersdörfer

Sickenhoff.

Auf Wunsch Ratenzahlung.

Reparaturen werden schnellstens

ausgeführt.

Ople man's Kräuter-

Hustentropfen

allbekannt und ganz vor-

züglich. [7979h]

Flasche 65 und 90 Pfg.

Drogerie Maab, Osterstraße

Rüche und Schlafzimmer

(evtl. Manfard) unmobiliert,

von sicherem Mietzahler per

sofort gesucht. (8983j)

Näheres beim Volksblatt.

Frost

an Händen

und Füßen?

Joierma

hilft!

Erfolgt garantiert in

2-5 Tagen.

Drog. Maab,

Bocholt,

Osterstraße 25.

Stellen-

gesuche

haben im

Volksblatt

größten Erfolg

Keine Langweile!

wenn man das Volksblatt als Begleiter

wählt! Jede Spalte interessant! Natür-

lich liest man nicht nur das Volksblatt,

man empfiehlt es auch seinen Verwandten

und Bekannten, denn eine wachsende Be-

zieherzahl kommt dem weiteren Ausbau

zugute. Mehr Leser — noch bessere

Leistungen.

Spirituosen und Weine

in bekannt bester Qualität.

Münsterl. Korn (reine Ware) Lir. 2.— 1/2 Lir. 1.—

Prima alter Doppelkorn 40 % Lir. 3.— 1/2 Lir. 1.50

Korn-Anis (beste Qualität) Lir. 2.80 1/2 Lir. 1.30

Weinbrand-Verschleiß (Scharlachberg) ... Fl. 2.45, 1.30

Preise ohne Flasche.

Wermutwein hochprozentig Lir. .75

Tarragona fein alt Lir. 1.—

Malaga besonders kräftig Lir. 1.25

Insel-Samos extra fein Lir. 1.25

Liköre in großer Auswahl 1/2 Fl. 2.90 1/2 Fl. 1.65

Drogerie Bruns, Nordstr. 22

Den stärksten und

erfolgreichsten

Film des Jahres

zeigt das

Capitol-Theater

ab heute (Freitag), Samstag, Sonntag und Montag,

den Film, der Männer zeigt, echte deutsche

Männer, wie sie in Stunden eines unerhört

gewaltigen, einzigartigen Erlebens lachten u.

fluchten, spielten und sangen, kämpften und

... starben.

Stosstrupp 1917

Die Schlacht an der Aisne — die Schlacht

in Flandern — die Schlacht bei Cambrai

Der gewaltigste deutsche Frontfilm,

nach dem preisgekrönten Kriegstagebuch

„Der Glaube an Deutschland“

von Hans 36berlein

Produktion: Argofilm-Münster

Vertrieb: Linien-Institut-Münster

Ein neues Heldentum, das persönliche Heldentum des roni-

soldaten, erwacht aus diesen atemberaubenden Szenenfolgen

Der Geist des unbekannten deutschen Soldaten schwebt

über diesen Film, der niemals betroffen werden wird.

Dazu das große

Beiprogramm

und die

neue Bavaria-Ton-Woche.

N.B. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, das wegen

der Größe und Länge dieses Programms die Vorstellungen

an den **Wochenenden um 4 Uhr und Sonntag um 2 Uhr**

beginnen. Letzte Abendvorstellung täglich 8.30 Uhr.

Milos-Dels!

Wir suchen für den Vertrieb

unserer hochwertigen Schmier-

öle und -fette einen einig-

Direktor

Mineralölgesellschaft Behrens & Co.

Hamburg 11.

Eine fast neue **Blatt-Mäh-**

maschine, verfehlt ein **Gasol-**

in 10 m groß, billig abzugeben

Näb. in d. Geschäftshalle - 972

2-Zimmerwohnung

im Stadtmitteln, mögl. an alleinst.

Person oder älteres, kinderloses

Paar zu vermieten. 8969

Dor den Schranken des Gerichts.

Bocholt, 22. November.

Nachtrag zur Anholter Herbstkirmes.

Ein Kriegsbefähigter aus Anholt, der bereits wegen verschiedener Delikte vorbestraft ist, hatte sich wegen Nötigung, Mißhandlung und Körperverletzung zu verantworten. Gelegentlich der Anholter Herbstkirmes trank er etwas über den Durst und fuhr abends mit seinem unbeschrifteten Fahrrad einen jungen Mann an. Die Folge war ein Wortwechsel und eine kleine Rauferei, in die noch ein zweiter junger Mann hineingezogen wurde. Die beiden Leute wurden hierbei geringfügig am Kopf verletzt; sie behaupteten zwar, der Angeklagte habe sie mit einem scharfen Gegenstand geschlagen, aber nachweisen konnten sie das nicht, und obendrein haben die beiden keinen Schaden davongetragen. Aus der Beweisaufnahme ergab sich, daß der Kriegsbefähigte zwar die Veranlassung zum Streit gegeben hatte, er jedoch nachher wiederholt versucht hat, sich mit den Zeugen zu versöhnen. Er erhielt sechs Wochen Gefängnis, deren Verbüßung namentlich mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte Kriegsbefähigter ist und er sich früher Verdienste erworben hat, auf drei Jahre ausgesetzt werden soll.

Regel Schmuggelverkehr zwischen Anholt und Dinslaken.

Weiter hatten sich zwei Frauen aus Dinslaken, von denen die eine, eine Witwe, aus Anholt gehörig ist, zu verantworten. Sie waren angeklagt, 191 Kilo Kaffee geschmuggelt bezw. den geschmuggelten Kaffee an sich gebracht zu haben. Die Witwe erhielt häufig von ihrer in Anholt wohnenden Mutter Pakete, in denen, wie die Zollbehörde annimmt, sich in der Hauptsache geschmuggelter Kaffee befand, der von der Witwe, die Hausbesitzerin ist, an ihre Mieter abgeleitet wurde. Zwar gaben die Angeklagten an, daß in den Paketen meist Lebensmittel und nur gelegentlich mal „ein Würstchen“ Kaffee gewesen sei, was jedoch nicht glaubhaft erschien. Wie die Ermittlungen der Zollbehörde ergaben, hat die Witwe insgesamt 28 Pakete von Anholt an verschiedene Personen in Dinslaken geschickt bezw. schenken lassen. Da die Pakete durchschnittlich 10 bis 12 Kilo wogen, nimmt die Zollbehörde an, daß etwa 158,5 Kilo Kaffee geschmuggelt worden sind. Während das Verfahren gegen fünf andere Angeklagte eingestellt worden ist, wurden die beiden Angeklagten Frauen verurteilt. Es erhielt die Witwe eine Geldstrafe in Höhe von 2400 M oder 20 Tage Gefängnis und, da sie bereits einschlägig vorbestraft ist, drei Monate Gefängnis (der Amtsanwalt hatte sogar fünf Monate beantragt); außerdem wurde sie zum Wertersatz in Höhe von 531 M oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Die zweite Angeklagte, die fünf Pakete erhalten hat, wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von 1300 M oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Während die Geldstrafen bei den Schmugglern im allgemeinen illusorisch sind, dürfte im Falle der verurteilten Witwe die Geldstrafe vollstreckt werden, da sie im Besitz eines Hauses ist, das einen Einheitswert von 18 000 M hat.

Ein junger Mann aus Iffelsburg.

der kürzlich in Duisburg wegen räuberischer Erpressung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hatte sich wegen Bandenbeteiligung in drei Fällen zu verantworten. Er gab zu, geschmuggelt zu haben, bestreitet jedoch, daß es sich um Bandensmuggel handele.

Während der Verhandlung ergab sich, daß der dritte Schmuggel bereits durch das Urteil wegen räuberischer Erpressung erledigt war, so daß in diesem Falle Freisprechung erfolgte. In den beiden übrigen Fällen wurde das Verfahren auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt, da eine höhere Geldstrafe als 500 M nicht zu erwarten war.

Aus der Haft vorgeführt

wurde der 20 Jahre alte Paul Lüs, aus Bocholt, der bereits zahlreiche Schmuggelstraßen auf dem Kerkholz hat; erst kürzlich erhielt er wegen Meineids zwei Jahre Zuchthaus, so daß er unter Verhinderung seiner sonst noch abzufließenden Strafen einstellte bis Ende 1933 „gefesselt“ ist. Diesmal hatte er sich wegen Schmuggels in fünf Fällen und außerdem wegen Widerstandsleistung gegen Zollbeamte gelegentlich einer Hausdurchsuchung zu verantworten. In zwei Fällen konnte er sich der Straftaten entziehen und erhielt wegen Schmuggels von 10 Kilo Kaffee und 1 1/2 Kilo Tabak eine Geldstrafe in Höhe von 2000 M oder zwei Wochen Gefängnis und sechs Wochen Gefängnis, ferner wegen Schmuggels von 2 Kilo Kaffee und 0,5 Kilo Tabak eine Geldstrafe in Höhe von 600 M oder eine Woche Gefängnis und zwei Wochen Gefängnis. Die übrigen drei Fälle wurden, da der Angeklagte sich ihrer nicht mehr entsinnen konnte (was bei der großen Zahl der Schmuggelfälle beinahe glaubhaft ist) bezw. sie bestritt, verurteilt.

Ein Ehemann aus Bocholt.

der bereits einmal bestraft worden ist, weil er sich der Unterhaltspflicht gegenüber seinem unehelichen Kinde entzogen hatte, hatte sich abermals aus demselben Grunde zu verantworten. Da er zu der letzten Verhandlung nicht erschienen war, war er diesmal zeitig in Haft genommen und vorgeführt worden. Er gab an, er sei finanziell nicht in der Lage, die Unterhaltung an das Kind zu zahlen. Dem steht jedoch entgegen, daß er bereits einmal 100 M abgeschickt und auch der Gerichtsvollzieher 30 M bei ihm „gefunden“ hat. Der Angeklagte wurde zu sechs Tagen Gefängnis verurteilt, deren Verbüßung jedoch ausgesetzt wird unter der Bedingung, daß der Verurteilte seinen Verpflichtungen nachkommt. Die Unterhaltungsbeiträge werden angerechnet.

Einpruch verworfen.

Ein Bocholter, der schon zwölfmal vorbestraft ist, hatte einen Strafbefehl erhalten, weil er am 3. Oktober ds. Js. Kartoffeln gestohlen hatte. Hiergegen hatte er Einpruch eingelegt. Da der Angeklagte aber zur Verhandlung nicht erschienen war und auch seinen Vertreter entandt hatte, wurde der Einpruch verworfen.

Zwei Tüppelbrüder.

die in Bocholt gebettelt hatten, wurden aus der Haft vorgeführt. Beide waren schon wegen Bettelns und Landstreichens mehrmals vorbestraft, der erste auch schon wegen schweren Diebstahls; außerdem wurde er vom Amtsgericht in Kassel wegen Einbruchdiebstahls gesucht. Während der erste Angeklagte im großen und ganzen geständig war, bestritt der zweite, gebettelt zu haben. Er wurde jedoch durch einen Zeugen überführt. Beide erhielten eine Haftstrafe von drei Wochen; außerdem soll der erste Angeklagte mit Rücksicht auf seine Vorstrafen nach Verbüßung der Haftstrafe dem Arbeitshaus überwiesen werden.

Sitzung des Beirats der Einzelhandelsvertretung

der Niederrhein. Industrie- und Handelskammer.

Unter dem Vorsitz des Herrn Wilhelm Kreyman hielt der Beirat der Einzelhandelsvertretung der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Weßel zu Duisburg-Ruhrort seine 4. Sitzung ab. Im Vordergrund der Beratung stand eine Aussprache über die gegenwärtige Lage auf dem deutschen Rohstoffmarkt und die besonderen Wünsche und Bedürfnisse des Einzelhandels auf diesem Gebiet. Ausgangspunkt bildete ein Referat von H. H. Dr. Müller: Die von der Staatsführung hinsichtlich der Rohstoffversorgung ergriffenen und noch zu ergreifenden Maßnahmen zielen nicht darauf ab, ein „autarkes“ Deutschland zu schaffen, sondern wollen vielmehr den von außen sich bemerkbar machenden und in einer Verengung der Abnahme deutscher Ware zum Ausdruck kommenden Kräfte entgegenwirken. Mancherlei Erfolge der Regierung zur Hebung der inländischen Rohstoffproduktion und zur Steigerung der

Verwendung neuer heimischer Werkstoffe

sind zu verzeichnen. Es ist falsch, hier etwa von Ersatzstoffen zu sprechen, denn um solche handelt es sich nicht. Ziel aller einschlägigen Maßnahmen ist, aus deutschen Rohstoffen Erzeugnisse zu schaffen, die den bisher aus dem Ausland eingeführten Waren als gleichwertig gegenübergestellt werden können. Im einzelnen wurden die Verhältnisse auf dem Gebiet der Textilwirtschaft näher erörtert, insbesondere die staats- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der letzten Zeit und die bestehenden Möglichkeiten zur

Erweiterung der heimischen Rohstoffbasis.

Neuerlich vielfältige Möglichkeiten stehen zur Hebung der inländischen Rohstoffproduktion und zur Steigerung der Verwendung neuer Werkstoffe zur Verfügung, wie an Hand einer Reihe von Beispielen und von einschlägigem Material nachgewiesen werden kann. Wenn auch die zunehmende Verwendung inländischer Rohstoffe auf das endgültig erforderliche Maß nicht so schnell möglich ist, so besteht bei der augenblicklichen Sachlage keinerlei Berechtigung zu irgendwelchen Besorgnissen.

Im Anschluß hieran referierte Dr. Koller vom Kaufmännischen Einzelhandel Duisburg e. V. im besonderen über die

Pflichten und Wünsche des Einzelhandels

auf diesem Gebiete. Der Einzelhandel ist sich seiner außerordentlichen Verantwortung bewußt, die ihm angesichts der Lage auf dem Rohstoffmarkt zufällt. Doch Schwierigkeiten vorhanden sind, braucht nicht abgelehnt zu werden. Wer da auf der einen Seite zu irgendwelchem Pessimismus kein Grund vorhanden ist, darf auch kein Pessimismus in den Geschäften aufkommen. Die Entscheidung über die Lösung der Schwierigkeiten fällt in den Geschäften selbst. Das verpflichtet den Einzelhandel, Disziplin nach innen und außen zu halten und sich besonders in seiner reklamemäßigen Betätigung zu befleißigen, alles zu tun, was fördernd, und alles zu unterlassen, was hinderlich sein könnte. Aufgabe des Einzelhandels ist es, auch den Verbraucher zur Disziplin zu erziehen.

Bei der Erörterung der Wünsche des Einzelhandels zur

Preispolitik der Elektrizitätswerke

standen im Vordergrund die beiden dringenden Wünsche des Einzelhandels, nämlich einmal die Entlastung der

kleinen und kleinsten Betriebe durch Gewährung eines verbilligten Strompreises und zum anderen die prinzipielle Forderung, den Stromverbrauch des Einzelhandels allgemein auf eine neue Tarifbasis zu stellen, d. h. eine Tarifstaffel für gewerblichen Strom zu schaffen. Die anwesenden Vertreter der Elektrizitätswerke wiesen darauf hin, daß im Augenblick positive Ergebnisse noch nicht erzielt werden könnten, da zunächst das Ergebnis der in Kürze stattfindenden Verhandlungen der Hauptgruppe Energieversorger in Berlin über diese und ähnliche Fragen abgewartet werden müßte. Es wurde aber die Zustimmung gegeben, bei der generellen Neuregelung der Elektrizitätswirtschaft die Wünsche des Einzelhandels erneut zu prüfen und nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Im Anschluß hieran gab Kreisamtsleiter Dambert einen Bericht über die Durchführung der der NSDago übertragenen

Preisüberwachung.

Die Grundfrage, nach denen Verfahren wird, lassen erkennen, daß den berechtigten Belangen des Einzelhandels Rechnung getragen werden soll. Unter starkem Beifall des Beirats wandte sich der Berichterstatter gegen die vielfachen Versuche der letzten Zeit, den Einzelhandel schlechterhin für erzielte Preissteigerungen verantwortlich zu machen. Er forderte, daß der Einzelhandel die höchsten Ausgabepreise für unentbehrliche Waren festzusetzen dürfe, um die Preissteigerungen der Waren zu begrenzen. Er forderte, daß der Einzelhandel die höchsten Ausgabepreise für unentbehrliche Waren festzusetzen dürfe, um die Preissteigerungen der Waren zu begrenzen.

Preisgestaltung für Eier und Butter

berührt. Der Umstand, daß auf der einen Seite dem Einzelhandel ein Höchstpreis für diese Artikel vorgeschrieben ist, auf der anderen Seite aber dem Erzeuger gestattet ist, den Erzeuger-Mindestpreis zu überschreiten, ist für den Einzelhandel ein unhaltbarer Zustand, dessen Folge auf die Dauer die sein muß, daß das Ei vom Markt verschwindet. Eine Regelung der Preisgestaltung muß dergestalt erfolgen, daß die ärmeren Volksschichten kaufen können, der Einzelhändler aber auch in die Lage versetzt wird, seine Ware so zu kalkulieren, wie es von einem ordentlichen Kaufmann erwartet wird. Es ist beabsichtigt, so gleich mit den zuständigen Stellen in Verbindung zu treten.

Zum Schluß der Sitzung wurde noch ein Ueberblick über die neuen Richtlinien des Reichswirtschaftsministers zum Einzelhandelsverkehr gegeben; die neu geschaffene Prüfungsstelle der Kammer hat die Aufgabe, die Antragsteller, die ein Einzelhandelsgeschäft eröffnen wollen, auf ihre Sachkunde hin zu prüfen.

Aus Kunst und Leben.

Stadttheater Duisburg.

Am 2. Dezember wird als zweite Sondernorstellung für die Bewohner des rechten Niederrheins im Stadttheater Duisburg die Oper „La Bohème“ von Puccini aufgeführt. Reichsbahn und Stadttheater wollen wieder durch verbilligte Fahrgelegenheiten und er-

mäßigte Eintrittspreise möglichst vielen Volksgenossen den Besuch der Sondernorstellungen ermöglichen. Die Fahrkarten werden bei gleichzeitiger Lösung von Fahrtausweisen bei den Fahrkartenausgaben der Bahnhöfe Weßel, Bocholt, Emmerich, Empel-Rees, Friedrichsfeld,

Aus der Umgegend.

Amt Pledern-Weßel.

Siemenhorst

Fast 100 Mark für das Winterhilfswerk.

a. Bei der am vergangenen Sonntag abgehaltenen Sammlung für das Eintopfgericht sind in der Gemeinde Siemenhorst 46,15 M, und in der Gemeinde Müllum 52,45 M, insgesamt 98,60 M auf gekommen. Leider gibt es noch Volksgenossen, die, trotzdem sie in Arbeit stehen und in guten Verhältnissen leben, sich geweigert haben, ein Opfer für ihre notleidenden Volksgenossen zu bringen, während andere einen derartig minimalen Beitrag gezeichnet haben, daß er in gar keinem Verhältnis zu ihrem Einkommen steht. Diese Handlungsweise zeugt davon, daß diese Volksgenossen sehr wenig Verständnis für die Not anderer haben. Wir hoffen, daß sie sich endlich auf ihre Pflicht besinnen. Unsere Pflicht ist es, zu helfen und Opfer zu bringen.

Barlo

Die Eintopfammlung

am letzten Sonntag hatte folgendes Ergebnis:

Barlo	58,70 M
Hemden	42,50 M
Siemen	52,15 M
Soltwind	25,60 M
zusammen	178,95 M

Allen Spendern wird an dieser Stelle herzlich gedankt.

Aussum

Generalversammlung der Bezugs- und Abgabengemeinschaft.

Die Schulden haben sich um 3000 Mark vermehrt.

§. Gestern nachmittag fand in der Wirtschaft Ege-ling die ordnungsmäßig einberufene Generalversammlung der Bäuerlichen Bezugs- und Abgabengemeinschaft Müllum e. G. m. b. H. statt. Zu Beginn stellte der Vorsitzende, Herr Bernhard Wolbrink, fest, daß die Verammlung — wohl wegen des schönen Wetters — nicht allzu stark besucht war. Sodann verlas der Vorsitzende die Rechnung und Bilanz der Gemeinschaft pro 1933/34. Es ergab sich, daß die Schulden der Gemeinschaft, die im vergangenen Jahr zurückgegangen waren, in diesem Jahr um etwa 3000 M vermehrt haben. Die Bilanz schließt in Aktiva und Passiva mit rund 23 000 M ab. Sodann wurde der ziemlich umfangreiche Revisionsbericht des Verbandes ländlicher Genossenschaften verlesen. Wesentliche Beanstandungen wurden nicht gemacht. Auf Antrag des Herrn Bovenfert wurde dem Vorstand und der Geschäftsführung Entlassung erteilt. Unter „Verabschiedenes“ kam noch das Verhältnis der Gemeinschaft zur Landwirtschaftlichen Verwertungsgemeinschaft Ringenberg-Haldern, die sich in Liquidation befindet, zur Sprache. Der Vorsitzende schloß die Generalversammlung mit einem Siegesruf auf das Vaterland.

Stadt Anholt.

w. Hohes Alter. Am heutigen Tage feiert einer der ältesten Bürger unserer Stadt, der Rentner Meier Cusfel, seinen 87. Geburtstag. Der alte Herr ist geistig noch auf der Höhe. Leider ist er augenblicklich krank. Wir wünschen dem Jubilar, der seit vielen Jahren Leser des Volksblattes ist, alles Gute zu seinem Ehrentage.

Aus Dingden.

Feierstunde der NS Frauenchaft.

! Nach arbeitsreichen Sommermonaten hatten sich die Mitglieder der NS Frauenchaft am Sonntag nachmittag zu einer Verammlung eingefunden. Frau Hauptlehrer Spengler hielt die Eröffnungsrede herzlich willkommen. Bei Kaffee und Kuchen verfolgten die Damen sehr reich. Nach dem Kaffee, der von den Mitgliedern des B. d. M. serviert worden war, nahm Frau Spengler das Wort zur Hindenburgfeier. In warmen Worten gedachte sie des großen Kriegers als Krieger, der in Krieg und Frieden auch den Frauen stets Vorbild war. In musterhafter Haltung gingen alle stehend das Lied vom guten Kameraden. Im Rahmen dieser Ehrung fand auch das von Frau Coenen verfasste und vorgetragene Gedicht „Den Gefallenen“, das mit großem Verständnis aufgenommen wurde. Herr Giesing, der Leiter der NSB, wies darauf hin, daß dieser Nachmittags zugleich ein Wettbewerb für die Winterhilfe sei. Er lud die Frauen ein, recht fleißig an den Nachmittagen teilzunehmen, die

Kölner Börer im Bocholter Ring.

Postsportverein Köln contra Athletik-Sportvereinigung „Einigkeit“ 1894 Bocholt.

Gleich mit der ersten Veranstaltung der diesjährigen Bocholter hat die Bocholter Vereinigung für kommenden Sonntag einen namhaften Gegner aus der rheinischen Domstadt nach hier verschifft. Die Mannschaft des Postsportvereins Köln ist eine weit und breit gesuchte und gern gesehene Staffe, die auch bei ihrem früheren Start in Bocholt den besten Eindruck hinterlassen hat. Die Sonntagstages Begegnung wird für die Bocholter Kämpfer abermals ein schweres Treffen werden. Da die Kölner über harte, aber trotzdem faire Kämpfer verfügen. In der tatsächlichen Stärke beider Mannschaften hat die Kölner ein Plus voraus, weshalb die Bocholter gezwungen sind mit Berücksichtigung anzutreten, zumal mehrere seiner jungen hoffnungsvollen Kämpfer zum Arbeitsdienst eingezogen wurden. Um nun den einen oder anderen Kämpfer in seiner erwarteten Leistung nicht zu beeinflussen, beschränken wir uns darauf, lediglich die wichtigsten Begegnungen aus dem Kampfe zu erwähnen. Im Fliegengewicht wird der kleine Bocholter Boxer in Schneider (Köln) einen ebenbürtigen Gegner antreffen. Euthymia wird mit Kuhn (Köln) schwere Arbeit haben, wogegen Frederix Mittelgewicht für Bocholt verpfändet antreten wird. Spannende Kämpfe werden die beiden Halbfliegengewichtler Krumms (Köln) gegen Koppers (Bocholt) und Raab (Köln) gegen Büllings (Bocholt) bringen. Koppers, der seit dem 1. Oktober d. J. bei der Landespolizei Münster in Dienst steht, hat zu seinem früheren guten Können einen gewaltigen Schritt nach vorwärts gemacht. Er steht in der Polizeistaffel Münster im Mittelgewicht und konnte im Anfang des Monats in

Dinslaken, Hamborn, Stertrade und Walsum ausgehen. Alle übrigen Fahrkartenausgaben der genannten Strecken nehmen Bestellungen entgegen. Der Vorverkauf beginnt am Sonntag, dem 25. November, und schließt Donnerstag, dem 29. November, um 18 Uhr

Dienstags und Freitags von 3 bis 6 Uhr im Sitzungssaal des Amtshauses stattfinden. Dann sprach Frau Spengler über die Pflicht der Frauen in der Winterhilfe und erläuterte ihren Vortrag mit schönen Lichtbildern. Zum Schluß brachte Fräulein Schmidt ein sehr lustiges Gedicht zum Vortrag. Mit dem Deutschland- und dem Hosi-Weißel-Lied fand die Verammlung ihr Ende.

Nährarbeiten für das Winterhilfswerk.

Wer beteiligt sich daran?

a. Seitens der NS Volkswirtschaft werden bis auf weiteres an jedem Dienstag und Freitag in einem Zimmer des Amtshauses Nähstunden für das Winterhilfswerk abgehalten und zwar von 3 bis 6 Uhr nachmittags. Nicht nur an die Frauenschaftsmitglieder, sondern an alle Frauen und Mädchen, die an dem einen oder anderen Tage etwas Zeit zur Verfügung haben, ergeht die Bitte, sich am Nähen oder Stricken für diesen edlen Zweck zu beteiligen.

Aus Rhede.

Reichsnährstand.

Die Ablieferung des für das Winterhilfswerk geplanten Roggens hat wie folgt zu erfolgen: Die Bauern der Gemeinden Büdingen, Krommert und Kresching liefern am Dienstag, dem 27. 11. 1934, an der Mühle Gebr. Ebers in Kresching ab. Die Bauern der Gemeinden Rhede, Althede und Badingholt liefern am Dienstag, dem 27. 11. 1934, an der Mühle Habers Teriete ab.

f. Pflichtversammlung im NSDGB (Stahlhelm). Die Ortsgruppe Rhede des NSDGB hält am kommenden Samstag im Lokale Haumer die allmonatliche Pflichtversammlung ab. Sämtliche Kameraden müssen zu dieser Verammlung erscheinen.

Büngern

Ein Fall von spinaler Kinderlähmung wurde auch in unserer Gemeinde festgestellt. Das fünf Jahre alte Kind wurde in das St. Agnes-Hospital zu Bocholt eingeliefert.

Dom Niederrhein.

Polikum

Feierstunde im Jungmännerverein.

a. Sehr zahlreich waren die Jungmänner von Polikum der Einladung des Präses zu der Veranstaltung am Dienstagabend im Lokale Großhöfing gefolgt, zu der auch Rektor Böling aus Ringenberg mit einigen Jungmännern sowie der dortigen kirchlichen Musikkapelle erschienen war. Der Präses eröffnete die Veranstaltung, begrüßte die Erschienenen und forderte anschließend alle auf des Mitgliedes Hugo Beenen, der fern der Heimat so tragisch ums Leben gekommen ist, einen Augenblick in stiller Schweigen zu gedenken. Bevor Rektor Böling mit der Vorführung von Lichtbildern „Zum Gedächtnis unserer gefallenen Soldaten“ begann, dankte er zunächst für die Gastfreundschaft und für die gute Opferbereitschaft, die die Sammlung am letzten Sonntag für den Kirchenneubau gezeigt habe. Im weiteren Verlauf des Abends zeigte Rektor Böling in Lichtbildern die Geschehnisse im Weltkrieg von 1914/18. Wie 1914 unsere Feldgrauen, teils noch sehr junge Männer, von den Lieben in der Heimat Abschied nahmen und mit Siegerwillen ins Feld zogen, dann die schrecklichen Szenen des mörderischen Krieges, der alles vernichtete, hinter der Front Liebe und Sorgfalt des Roten Kreuzes und nicht zu vergessen das stille Heldentum in der Heimat, wo Frauen Männerarbeit verrichteten, den Flug führten und durch schwere Arbeit dem Boden ihre Lebensbedürfnisse abtrugen. Wie besonders in den letzten Kriegsjahren Frauen und Mütter beteten um die baldige Wiederkehr ihrer Männer, Väter und Söhne und gleichzeitig zum Himmel riefen: „Donna nobis pacem“ — „Gib uns den Frieden, o Herr!“ — Das alles zeigte die Lichtbilder, so daß alle ergriffen zuhören und den erklärenden Worten des Rektors lauschten. Zwischen durch spielte die Kapelle alte Soldatenlieder, in die alle begeistert einmischten. Bei gemütlicher Unterhaltung und frohen Liedern blieb man noch einige Zeit beisammen. Bevor man sich trennte, dankte der Präses Herrn Rektor Böling für die Vorführung und der Musikkapelle für die Darbietungen. Rektor Böling sprach den Wunsch aus, daß beim nächsten Heimaufbruch in Ringenberg die Polikumer Jungmänner auch erscheinen möchten. Mit den Liedern „Mann wir schreiten Seit an Seit“ und „Mach i denn, mach i denn zum Städtele hinaus“ fanden die frohen Stunden ihren Ausklang.

Märkte.

Weßeler Marktbericht.

Rothfahl 10, Birfingfahl 8 bis 10, Weßfahl 3 bis 5, Grünfahl 8 bis 10, Möhren 3 bis 5, Karotten 7 bis 8, Zwiebeln 10, Sellerie 10 bis 15, Porree 3 bis 5, Feldsalat 15, Kopfsalat 5 bis 8, Endivienfahl 7 bis 8, Kartoffeln 3,5 bis 4, Kefel 10 bis 15, Bananen 25 bis 30, Tomaten 15 bis 20, Blumenfahl 20 bis 30, Zitronen 5 bis 10, Weintrauben 35 bis 60, Apfelsinen 10 bis 15, Spinat 10, Radieschen 3 bis 5, Kohlrabi 5 bis 6, Birnen 10 bis 15, Molereibutter 1,50, Eier 10 bis 13.

Die fä d
ung a r i
b ö s l a s
l i e s s e
d e n
i b e r h i
h i n a u s
D o p p e
b e r e i n
n a h m e
g e t r o
Z u k u n f
S o n a m
w u r d e
v o n d e
m u n g d
u n d f r a
g e f u n d
g e f u n d
D a s m
d a s m
E r g e i
d e n g u
b i r g
v o n G e
s i c h d
J u g o s
l i t i s c
d i e E r
n o c h a
F r i e d e
g a n z e
A b s c h
O b d i
B e t r a
g e f a g
d e s W
d e n m
D e n m
b e h a n
e s z u
a u f i n
l i c h e
e i n e r
d e r i n
B i e n
L a n d
m i s s i
R e g i e
e i n e s
N a c h r
v i e l e
e i n e
D i n g
s a c h
Z u k u
n i c h
d a s
i n d e
j u g o
z u r E
f a s s e
R ä m
p l e i
d e s
a n d e
d e n
h e r
h a t
l i c
L i c
D e v
R u m
a u f
g e n
u n d
t i e f
d e s s
f i n d
T r o
s c h a
d e r
b i s
O b d
i h m
d e r
V e r g
j u g o
g e n a
n u n
d a n
h a t
f r e
v e r a
l e n
i n d
E i n
a b h
d e s
u m
k e i
o f f e
f r i e
V o n
D o f
h a n
d l u n